

## Entschließungsantrag

der SPD-Fraktion

der Fraktion DIE LINKE

zur Aktuelle Stunde am 24.04.2013 „Gute Arbeit in Brandenburg und in Deutschland“, DS 5/7139

### Brandenburg braucht „Gute Arbeit“

Der Landtag stellt fest:

Damit in Brandenburg auch der künftige Fachkräftebedarf gesichert werden kann, so dass wirtschaftlicher Erfolg und Wettbewerbsfähigkeit möglich sind und die Herausforderungen der demografischen Entwicklung bewältigt werden können, sind bundesrechtliche Rahmenbedingungen für „Gute Arbeit“ zu schaffen.

Dazu gehören:

1. Sicherung auskömmlicher Löhne, insbesondere durch Einführung eines flächendeckenden allgemeinen gesetzlichen Mindestlohns in Höhe von mindestens 8,50 Euro brutto
2. Sicherstellung des equal-pay-Grundsatzes in der Leiharbeit spätestens nach einer kurzen Einarbeitungszeit sowie Rückführung der Leiharbeit auf ihre eigentliche Kernfunktion der Abdeckung von Auftragsspitzen und Vertretungsfällen
3. Verhinderung der Umgehung von Arbeitnehmerschutzrechten
4. Beseitigung von Fehlanreizen und bessere Durchsetzung der Arbeitnehmerrechte im Bereich der Minijobs
5. Unterbindung des Missbrauchs von Praktikantenverträgen
6. Senkung des Anteils der befristeten Beschäftigungsverhältnisse
7. Möglichkeit der Befristung von familienbedingter Teilzeitbeschäftigung und erleichterter Rückkehranspruch auf Vollzeit bzw. die ursprüngliche Arbeitszeit
8. Sicherung der Entgeltgleichheit von Männern und Frauen
9. Wiedereinführung der Regelungen zum erleichterten Bezug von Kurzarbeitergeld
10. Schaffung einer Rechtsverordnung zum Schutz der Beschäftigten vor Gefährdungen durch psychische Belastung bei der Arbeit.

Der Landtag bittet die Landesregierung, die Initiative für eine Entschließung des Bundesrates „Gute Arbeit - Zukunftsfähige und faire Arbeitspolitik gestalten“ zu unterstützen, mit der die Bundesregierung und der Bundestag aufgefordert werden,

umfassende gesetzliche Veränderungen zu den genannten Elementen von „Guter Arbeit“ zu initiieren und umzusetzen.

Die Qualität von Arbeit muss für Unternehmen, Sozialpartner und Politik wieder im Vordergrund stehen, um Fehlentwicklungen im Arbeitsmarkt entgegensteuern, gesellschaftliche Polarisierungen zu überwinden und soziale Gerechtigkeit befördern zu können. Dazu gehört auch die Erhöhung der Tarifbindung. Der Landtag erwartet von der Landesregierung, dass sie zur Frage der Allgemeinverbindlicherklärung von Tarifverträgen die rechtlich und fachlich relevanten Probleme zügig prüft und eine gesonderte Bundesratsinitiative eingebracht wird.

### **Begründung:**

Arbeit ist und bleibt Quelle gesellschaftlichen Wohlstands. Die Integration in den Arbeitsmarkt ist für die Menschen Voraussetzung für Teilhabe, Selbstbestimmung und Anerkennung.

„Gute Arbeit“ bedeutet Beschäftigung in sozial abgesicherten und unbefristeten Arbeitsverhältnissen unter belastungsarmen und lernfördernden Arbeitsbedingungen mit einer gerechten Entlohnung.

Wirtschaftlicher Erfolg und internationale Wettbewerbsfähigkeit erfordern Beschäftigung mit einer hohen Produktivität und Innovationskraft. Diese sind dauerhaft und langfristig aber nur erreichbar, wenn Beschäftigung die Kriterien „Guter Arbeit“ erfüllt. Der Wohlstand einer Gesellschaft und die Handlungsfähigkeit des Staates sind nur mit „Guter Arbeit“ möglich.

Für die letzten Jahre erscheint die Arbeitsmarktentwicklung in Deutschland vordergründig positiv. Die Arbeitslosigkeit befindet sich auf einem niedrigen Stand und auch die Zahl der abhängig Beschäftigten ist erheblich gestiegen. Doch diese Entwicklung geht einher mit einer deutlichen Spaltung des Arbeitsmarktes. Langzeitarbeitslose und Ältere haben weiterhin geringere Chancen. Unterschiede bei der Entlohnung und den beruflichen Aufstiegschancen von Frauen und Männer sind immer noch signifikant.

Während der Anteil der in Normalarbeitsverhältnissen Beschäftigten an der Arbeitnehmerschaft gesunken ist, hat sich die Zahl der Erwerbstätigen in atypischen Beschäftigungsverhältnissen erheblich erhöht. Mehr als ein Drittel ist in Leiharbeit, Mini- und Midijobs, Teilzeit oder befristeten Arbeitsverträgen tätig, meist unfreiwillig und nur zu einem Niedriglohn. Damit hat auch eine Verdrängung von Stammarbeitsplätzen stattgefunden.

Mit der sogenannten „Flexibilisierung“ des Arbeitsmarktes hat sich die soziale Spaltung unserer Gesellschaft vertieft. Zunehmende Lohnspreizung und Einkommensungleichheit befördern nicht soziale Gerechtigkeit, sondern führen zu deutlichen Ungleichheiten in den Lebenslagen der Menschen. Deshalb brauchen wir eine neue Ordnung der Arbeit.

Die Schere zwischen Arm und Reich ist weiter auseinandergegangen, die Gefahr der Altersarmut wächst. Die soziale Balance in unserer Gesellschaft wird ins Wanken

geraten, wenn das Nettovermögen des Staates weiter sinkt während das Privatvermögen einiger Weniger wächst. Denn damit werden notwendige Transferleistungen und Zukunftsinvestitionen, zum Beispiel in soziale Infrastruktur und Bildung, erschwert oder verhindert und der Sozialstaat wird seiner Aufgabe nach Förderung von Chancengerechtigkeit nicht mehr nachkommen können.

Ralf Holzschuher  
für die Fraktion der SPD

Christian Görke  
für die Fraktion DIE LINKE